

INFORMATIONEN DER THÜRINGER SPD-ABGEORDNETEN IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Schlechteste Regierung aller Zeiten

Entscheidungen ohne Konzept und klare Linie

Liebe Genossinnen und Genossen.

in den fast zwei Jahren ihrer Wunschkoalition haben sich CDU/CSU und FDP als schlechteste bürgerliche Regierung aller Zeiten entpuppt. Gegen die absolute Mehrheit in der Bevölkerung und entgegen aller Sicherheitsbedenken hatte die Bundesregierung die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke im vergangenen Herbst verlängert.

Im Juni hat sie ihre falsche Entscheidung zu Recht revidiert. Aber vor allem Bundeskanzlerin Merkel hat ihre beispiellose Kehrtwende nicht aus Überzeugung, sondern getrieben von Ereignissen vollzogen. Rot-Grün hatte den Atomausstieg gemeinsam mit der Industrie im Jahr 2000 beschlossen. Dieser Beschluss hätte niemals geändert werden müssen. Dafür gab es keinen rationalen Grund – außer sich in den Dienst der vier deutschen Kernkraftwerksbetreiber zu stellen.

Der Zick-Zack-Kurs der Bundesregierung in der Energiepolitik schadet Deutschland und seinen Bürgerinnen und Bürgern. Außerdem geht es in vielen anderen Bereichen weiter in die falsche Richtung. So halten CDU/CSU und FDP an ihrem unsozialen Kurs fest. Infolge ihres Sparpaketes stehen für die aktive Arbeitsmarktpolitik in diesem Jahr 1,3 Milliarden Euro weniger im Vergleich zum Jahr 2010 zur Verfügung. In den Thüringer Arbeitsagenturen fehlen dadurch fast 70 Millionen Euro, um vor allem Langzeitarbeitslose zu unterstützen.

Die Bundesregierung befindet sich mit ihrer Politik auf dem Holzweg. Sie spart im Sozialbereich und plant gleichzeitig nicht finanzierbare Steuergeschenke in ei-



SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag: Iris Gleicke, Steffen-Claudio Lemme und Carsten Schneider

ner Größenordnung von 10 Milliarden Euro. Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs macht allein der Bund in diesem Jahr noch 30 Milliarden Euro Schulden zu Lasten nachfolgender Generationen. In der jetzigen finanziellen Situation des Staates verbieten sich Steuersenkungen.

Als SPD-Landesgruppe Thüringen wollen wir dazu betragen, unsere Vorstellungen von einer sozial ausgewogenen Politik durchzusetzen. Die Menschen sollen wieder darauf vertrauen können, dass die SPD ihre Lebenssituation zum Positiven verändern kann. Dafür arbeiten wir. Auch künftig freuen wir uns über jede Gelegenheit, um mit euch ins Gespräch zu kommen.

Eure Iris, Euer Steffen und Euer Carsten

IRIS GLEICKE

Rente und Bildungskooperation

SEITEN 2, 3

STEFFEN-CLAUDIO LEMME

Gesundheit und Fachkräftemangel

SEITEN 4, 5

CARSTEN SCHNEIDER

Wirtschaftsförderung und Väterrechte

SEITEN 6, 7

WIR VOR ORT

Unsere Wahlkreisbüros

SEITE 8



Iris Gleicke

ist seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages und vertritt die Bürgerinnen und Bürger aus Suhl sowie den Landkreisen Schmalkalden-Meiningen und Hildburghausen.

Iris ist Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion und Sprecherin der Landesgruppe Ost der SPD-Bundestagsabgeordneten. Sie gehört dem Ältestenrat des Deutschen Bundestages an.

Außerhalb des Bundestages ist Iris u. a. stellv. Landesvorsitzende der Thüringer SPD, Beisitzerin im Vorstand des Thüringer Mieterbundes, Vorsitzende des Fördervereines Jugendzentrum Wiesenbauschule e. V. Schleusingen und Vorsitzende des ASB Suhl.

www.iris-gleicke.de

Ost-Rente: Ein ungelöster Streitfall

SPD weiter für Höherwertung der Renten

Seit vielen Jahren wollen wir ein einheitliches Rentenrecht. Dabei ist der Ruf nach einer schnellen Angleichung nur allzu verständlich. Nur ist schnell auch gleich gerecht? Der Teufel steckt – gerade hier – im Detail. Auch die Bundesregierung hat das erkannt und zum Jahresende eine Entscheidung zur Rentenangleichung ankündigt. Dabei sollen sowohl die Rentenwerte als auch die Höherwertung der Bruttolöhne Ost zur Disposition stehen. Man darf gespannt sein!

Fakt ist: Eine Benachteiligung der Ostdeutschen ist mit uns Thüringer Bundestagsabgeordneten nicht zu machen. Genau darauf würde etwa der aktuellste Vorschlag der Grünen-Bundestagsfraktion hinauslaufen: Sie fordert, spätestens zum 1. Juli 2012 den Rentenwert Ost auf das Westniveau anzuheben. Dies hätte aber zur Folge, dass der Ausgleich für das Lohngefälle zwischen Ost und West – der sogenannte Hochwertungsfaktor – wegfallen würde. Im Ergebnis käme dies einer Rentenkürzung kommender ostdeutscher Rentnergenerationen gleich. Deshalb ist der Grünen-Vorschlag untauglich, weil nicht zu Ende gedacht.

Was wollen wir?

Wir sagen, dass sich jeder neue Vorschlag am Status Quo messen lassen muss. Denn die derzeitige Regelung nützt den Ostdeutschen und schadet keinem Westdeutschen. So lange im Osten rund 20 Prozent weniger verdient werden als im Westen, muss die rentenrechtliche Hochwertung der Ostlöhne weiter gelten. Natürlich können die Bürger nicht bis zum Sankt-Nimmerleinstag-Tag auf eine vollständige Angleichung der Rentensysteme warten. Deshalb fordert die Landesgruppe Ost eine abschließende Regelung (http://www.iris-gleicke.de/downloads/Positionspapier_Ostrenten_LGOstFeb11.pdf).



Auslaufen des Solidarpaktes II Ende 2019. Gemeinsam mit den Gewerkschaften kämpfen wir dafür, dass dann die Löhne angeglichen sind. Sollte die vollständige Lohnangleichung immer noch nicht vollzogen worden sein, sollen einheitliche Rentenwerte und Rechengrößen gelten. Falls dann jedoch weiterhin große Einkommensunterschiede bestehen sollten, muss geprüft werden, inwiefern diese – zumindest teilweise – ausgegli-

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit ist die künftige Armutsvermeidung. Drohende Altersarmut zu bekämpfen, ist die kommende Mammutaufgabe. Deshalb setzen wir uns schon heute dafür ein, dass beschäftigungslose Zeiten und geringe Verdienste rentenrechtlich höher bewertet werden!

chen werden.

Kooperationsverbot muss fallen

SPD streitet für mehr Bundeskompetenz bei Bildung

Bei der Föderalismusreform 2005/06 ging es zwischen Bund und Ländern vor allem um den Zankapfel Bildung. Am Ende gab der Bund seine Kompetenzen außer bei der Hochschulzulassung an die Länder ab. Nun leisten sich sechzehn Bundesländer sechzehn verschiedene Bildungssysteme.

Dieser Föderalismus quält Lehrer, Eltern sowie Schüler und begrenzt ihre Flexibilität. Auch um die Chancen des europäischen Bildungsraums besser nutzen zu können, müssen wir die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern erweitern. Die Abschaffung des Kooperationsverbots, an dem der Großteil der CDU/CSU festhält, ist hierfür die wichtigste Voraussetzung.



Beim Bildungs- und Teilhabepaket zeigt sich außerdem deutlich, welche Hindernisse das Verbot für die praktische Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zur Folge hat. Ein Teil der Leistungen hätte – wie von SPD-Seite favorisiert – direkt an die Thüringer Schulen und Kindertagesstätten gehen können, wenn uns das Kooperationsverbot nicht daran gehindert hätte.

Damit deutschlandweit gemeinsame Standards, vergleichbare Abschlüsse und Chancengleichheit geschaffen werden können, müssen wir die Verfassung ändern und dem Bund in Bildungsfragen wieder ein stärkeres Mitspracherecht geben. ■

FOTO: DESIGNRITTER/PHOTOCASE.COM

Kein Kahlschlag bei den Arbeitslosen!

SPD für einen sozialen Arbeitsmarkt

Die Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente soll 2012 in Kraft treten. Das Prinzip wird schnell deutlich: Menschen sollen nicht durch Arbeit eine dauerhafte Perspektive auf Teilhabe in der Gesellschaft erhalten, sondern Geld wird auf Kosten derer gespart, die mehr statt weniger Unterstützung benötigen!

CDU/CSU und FDP wollen 42 Instrumente auf 30 verringern. Öffentlich geförderte Beschäftigung soll es künftig nur noch maximal 24 Monate geben. Förderbedingungen für Schwerbehinderte verschlechtern sich, in dem die maximale Dauer des Eingliederungszuschusses gekürzt wird. Die Leistungen zur Berufsorientierung werden zwar entfristet, müssen dann aber zu 50 Prozent kommunal kofinanziert werden. Auch die Selbstständigkeit ist für viele verbaut: Der Gründungszuschuss wird zur Ermessensleistung, obwohl er zentral für eine aktive Arbeitsmarktpolitik ist. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat festgestellt,

dass nach knapp fünf Jahren 55 bis 70 Prozent der Geförderten in Voll- und Teilzeit selbstständig sind und weitere 20 Prozent sozialversichungspflichtig arbeiten.

Die Kürzungsorgie von der Leyens geschieht auf dem Rücken der Arbeitslosen, von Jungen, Alten, Frauen und der Kommunen – vor allem die Situation im Osten wird sich erheblich verschlechtern. Deutschland braucht Maßnahmen, die Qualifizierung fördern und nicht unterdrücken.

Nötig ist der Fokus auf Bildung und berufliche Qualifizierung. Erforderlich ist eine Kultur der zweiten Chance. Die SPD will eine Arbeitsversicherung, die auch für Solo-Selbstständige gilt, und mehr öffentlich geförderte Beschäftigung. Für Frauen, Ältere, Junge und Menschen mit Behinderungen sollen eigene Programme aufgelegt werden! Unseren Antrag dazu haben wir Anfang Juli eingebracht.



Steffen-Claudio Lemme

ist seit 2009 Mitglied des Deutsche Bundestages und vertritt die Bürgerinnen und Bürger aus den Landkreisen Kyffhäuser, Sömmerda und Weimarer Land.

Steffen ist stellv. Vorsitzender der Arbeitsgruppe Strategien gegen Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion. Er ist ordentliches Mitglied im Gesundheitsausschuss und im Petitionsausschuss. Außerhalb des Bundestages arbeitet Steffen als Gewerkschaftssekretär und ist Versichertenvertreter im Verwaltungsrat der AOK PLUS. Darüber hinaus ist er stellv. Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in Thüringen und Mitglied im Bundesvorstand der Volkssolidarität e. V.

www.steffen-lemme.de

Perspektiven medizinischer Versorgung

Neue Ansätze konsequent aus Sicht der Patienten denken

Für den Osten der Republik gehört die Sicherung der medizinischen Versorgung zu den zentralen Herausforderungen der Zukunft. Die Verantwortlichen in den Ländern sind bereits heute gefordert, die Versorgungsmodelle von morgen zu entwickeln. Der Osten wird so schon jetzt zur Kompetenzschmiede für eine älter werdende Gesellschaft

Die unmittelbare Erreichbarkeit von Haus- und Fachärzten ist für die Lebensqualität der Bevölkerung entscheidend. Die Älteren sind auf die Nähe ihres Hausarztes genauso angewiesen wie die jungen Eltern auf ihren Facharzt für Kinderheilkunde. Erste Versorgungsdefizite treten mittlerweile an einigen Orten auf. So auch in Thüringen, wo durch Abwanderung insbesondere der jungen Generation der demografische Wandel zu einem gesellschaftlich bestimmenden Faktor geworden ist. Die Politik ist dabei gefordert, die Diskussionen von Verantwortlichen konstruktiv zu begleiten, unmittelbare Maßnahmen anzustoßen sowie Vorschläge für alternative Versorgungskonzepte aufzugreifen. Denn eines ist gewiss: Die Sicherung der Versorgung kann nur im Miteinander aller gesellschaftlichen Kräfte gelingen. Wir haben eigene Vorschläge für ein Versorgungsgesetz gemacht, die im Kern auf die Bedürfnisse der Betroffenen abstellen und neuartige Versorgungsmodelle diskutieren.

Das zentrale Problem ist nicht etwa – wie vielfach behauptet – ein Mangel an Ärztinnen und Ärzten, sondern deren lokale Verteilung. Ursächlich ist eine veraltete Form der zentralistischen Bedarfsplanung sowie eine Zwei-Klassen-Honorierung von Medizinern durch die gesetzliche und private Krankenversicherung. Beides muss nach unserer Auffassung ein Ende haben. Während die Bedarfsplanung zukünftig unter Beteiligung der Länder regional zu gestalten ist, muss die Honorierung von Ärztinnen und Ärzten für jeden Patien-



Termin zur Hausarztversorgung in Görsbach bei Nordhausen. V.I.n.r.: Hans Mönnich (Investor), Steffen-Claudio Lemme, Regina Feldmann (Vorsitzende Kassenärztliche Vereinigung Thüringen), Dr. Annette Rommel (Vorstand Ärztekammer Thüringen) und Siegfried Junker (SPD-Bürgermeister).

ten in gleicher Höhe erfolgen. Die Attraktivität für eine Niederlassung auch in ländlichen und strukturschwachen Regionen wird so deutlich erhöht.

Zudem sollte das für Thüringen beispielhafte Modell der Eigeneinrichtungen, bei dem Ärztinnen und Ärzten von der Kassenärztlichen Vereinigung vor Ort angestellt werden, um Betreiber wie die Kommunen erweitert werden. Den Verantwortlichen in den Gemeinden kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu. Denn sie kennen die Menschen und deren Bedürfnisse genau. Und auch Modelle mit wechselnder haus- und fachärztlicher Besetzung in den Praxen müssen zukünftig möglich sein. Letztlich gilt es gemeinsam alles Notwendige zu unternehmen, um die Versorgung langfristig sicherzustellen. Für ideologische Debatten haben die Menschen keine Zeit.

EHEC-Infektion sorgte für Verunsicherung

SPD unterstreicht Notwendigkeit für Ausbau des Infektionsschutzes

Die Infektionen mit dem aggressiven EHEC-Erreger und den folgenden Todesfällen hat erneut zu großer Verunsicherung in der Bevölkerung geführt. Begebenheiten wie diese treten immer wieder auf, erinnern wir uns nur an die Schweine- oder Vogelgrippe in den vergangenen Jahren. Einmal mehr haben uns die Meldungen von Intensivstationen an ihren Kapazitätsgrenzen sowie die lange Suche nach der Herkunft des Erregers beunruhigt. Derartige Ereignisse sind in Ländern mit einem hohen Maß industrieller Lebensmittelproduktion immer zu erwarten. Denn wahr ist, dass die Natur vom Menschen letztendlich nicht beherrschbar ist. Die Frage ist nur, ob wir ausreichend darauf vorbereitet sind.

Wiederholt wurde Bundesgesundheitsminister Bahr für sein unzureichendes und unkoordiniertes Krisenmanagement gerügt. Wir hatten bereits im Vorfeld der Epidemie auf die Notwendigkeit intensiverer Bemühungen beim Infektionsschutz im Gesundheitswesen hingewiesen. Mit einem eigenen Antrag haben wir uns in der Debatte um eine Verbesserung des Infektionsschutzes zu Wort gemeldet. Wir fordern im Schwerpunkt ausreichendes Fachpersonal für die Hygiene in Krankenhäu-

sern. Gerade die strenge Überwachung von Hygienestandards, die Anleitung und Weiterbildung des Personals sowie die Erarbeitung eigener Hygieneverordnungen auf Landesebene halten wir für zielführend. Durch solche Maßnahmen können Ereignisse wie die EHEC-Epidemie zwar nicht vermieden werden, jedoch wird auf diese Weise möglichen Gefahren vorgebeugt.



Konzept gegen Fachkräftemangel

Vorhandene Potentiale mobilisieren

Die insgesamt positive Entwicklung am Arbeitsmarkt ist erfreulich. Allerdings zeichnet sich auch für Thüringen schon jetzt ein akuter Mangel an geeignetem Personal in vielen Branchen ab. Obwohl die Bundesregierung das Problem kennt, ergreift sie keine wirksamen Maßnahmen gegen den drohenden Fachkräftemangel. Auch der von der Bundeskanzlerin einberufene Fachkräfte-Gipfel brachte wenig Konkretes.

Für uns ist klar, dass wir die vorhandenen Potentiale der in Deutschland lebenden Menschen besser nutzen müssen, statt allein um ausländische Fachkräfte zu werben. Wichtige Voraussetzungen dafür sind gute und gerecht entlohnte Arbeit und sozial abgesicherte Arbeitsplätze. Für den Freistaat mit den bundesweit niedrigsten Löhnen sind deshalb ein gesetzlicher Mindestlohn und ein Ende des Lohnunterschieds zwischen Ost und West zwingend. Außerdem müssen wir gezielter aus- und weiterbilden, um etwa in den technischen Berufen die notwendigen Fachleute zu bekommen.

Um in der Zukunft genügend Arbeitskräfte zu haben, brauchen wir außerdem eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren. Für Frauen bleibt es weiterhin sehr schwierig, Vollzeitarbeit und Familie unter einen Hut zu bringen. Bundesarbeitsministerin von der Leyen ist hier trotz vollmundiger Ankündigungen keinen Schritt vorangekommen. Auch unter den Langzeitarbeitslosen gibt es Potential, das wir mobilisieren müssen. Es sind große Anstrengungen nötig, um sie in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Völlig kontraproduktiv sind deshalb die drastischen Kürzungen bei den Mitteln für die Qualifizierung und Eingliederung von Arbeitslosen.

Dauerhaft genug Fachkräfte wird es nur geben, wenn wir gerechtere Bildungschancen bieten und bessere Aufstiegsmöglichkeiten schaffen. Außerdem müssen wir für ein abgestimmtes Zusammenspiel von aktiver Arbeitsmarktpolitik und einem modernen Zuwanderungssystem sorgen.



Carsten Schneider

ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages und vertritt die Bürgerinnen und Bürger aus Erfurt, Weimar und dem Grammetal in Berlin.

Carsten ist haushaltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Sprecher der SPD-Landesgruppe Thüringen. Außerdem ist er ordentliches Mitglied im Gremium zur Kontrolle des Sonderfonds zur Bankenrettung und stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss. Außerhalb des Bundestages sitzt Carsten u. a. im Kuratorium der Aktion Gemeinsinn e.V. und ist stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Initiative Musik gGmbH.

www.carsten-schneider.de

EU-Gelder stärken Ostdeutschland

Förderung muss angemessen bleiben

Nach dem Jahr 2013 werden voraussichtlich alle ostdeutschen Bundesländer aus der Höchstförderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung herausfallen. Darauf müssen wir vorbereitet sein. Jedoch – und dies wäre die gute Nachricht – läge der Grund für eine geringere Wirtschaftsförderung darin, dass der Osten sie zu anderen Regionen in Europa aufgeschlossen hätte.

Bereits heute haben die EU-Gelder die Produktivität der ostdeutschen Industrie erhöht und ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessert. Doch um die erreichten Erfolge nicht im Nachhinein zu gefährden, brauchen wir eine Anschlussförderung, die die Mindereinnahmen auf ein akzeptables Maß begrenzt. Auch wenn

klar ist, dass die Förderung nicht für immer weiterlaufen kann, wäre ihr abruptes Ende nicht verkraftbar. Bereits jetzt setzen wir uns daher für eine angemessene und faire Übergangsbestimmung ein. Denkbar wäre beispielsweise eine Sonderregelung, nach der etwa zwei Drittel der bisherigen Finanzmittel im Zeitraum 2014 bis 2020 weiter fließen würden. Die Bundesregierung rechnet allerdings frühestens für das kommende Jahr mit konkreten Ergebnissen zu ihren Verhandlungen über eine EU-Förderung der ostdeutschen Regionen über das Jahr 2013 hinaus.

Mit Blick auf den Solidarpakt II gilt ebenfalls: Bevor die Diskussion darüber intensiver wird, wie es nach dem Auslaufen im Jahr 2019 weiter geht, brauchen wir einen klaren Standpunkt, der die ostdeutschen Interessen in den Mittelpunkt rückt. Über einen neuen Finanzausgleich könnten etwa Regionen, in denen die Auswirkungen des demografischen Wandels besonders spürbar sind, finanzielle Hilfen erhalten. Einen solchen "De-



mografie-Soli" hat bereits Thüringens SPD-Landesvorsitzender Christoph Matschie vorgeschlagen. Schon jetzt ist die demografische Entwicklung für Ostdeutschland besonders belastend und es ist damit zu rechnen, dass sich die Situation in den kommenden Jahren noch verschärfen wird. Allerdings ist klar, dass auch die ostdeutschen Landesregierungen ihre Haushalte konsolidieren müssen, um die Schuldenbremse in der Verfassung einzuhalten. Denn ab dem Jahr 2020 dürfen sie überhaupt keine neuen Kredite mehr aufnehmen.

Kurzfristig müssen wir verhindern, dass CDU/CSU und FDP im Bundeshaushalt weiter bei den Titeln kürzen, die für den Osten besonders relevant sind. Dazu zählen etwa die Gelder für die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", die um 13,3 Millionen Euro in diesem Jahr im Vergleich zum Jahr 2012 geringer sind. Wir sind gegen weitere Kürzungen in diesem Bereich. Die Länder brauchen Planungssicherheit für ihre Investitionen. ■

DEUTSCHER BUNDESTAG/LICHTBLICK, ACHIM MELD

TO: EDICION4.CO

Solidarität in der Euro-Zone

Europäer müssen sich gegenseitig helfen

Europa steckt in seiner schwersten Krise, seit der europäische Einigungsprozess im Jahr 1951 begonnen Bundeskanzlerin Merkel ist überfordert, in dieser schwierigen Situation die Führung in Europa zu übernehmen. Nur ein weiterer Rettungsschirm mit noch



mehr Milliarden wird Griechenland nicht helfen. Bereits im Frühjahr 2010 hat die SPD einen breiteren Lösungsansatz gefordert. Damals behauptete Frau Merkel noch, die Rettung würde kein Geld kosten; nein, Deutschland würde sogar noch dabei verdienen. Heute wissen wir: Der Ansatz der Bundesregierung ist gescheitert.

Ohne eine geordnete Umschuldung wird Griechenland seine Staatsfinanzen nicht in den Griff bekommen. Der entscheidende Punkt ist: Wir helfen Griechenland aus Solidarität mit den Menschen im Land und nicht mit den Spekulanten weltweit. Auch private Gläubiger müssen auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten. Würden sie zu den Rettungsmaßnahmen beitragen, wäre die Akzeptanz in der griechischen Bevölkerung für die schmerzhaften Sparmaßnahmen außerdem höher. Aber die Bundesregierung will etwa Banken oder Versicherungen nur freiwillig an den Kosten der Krise beteiligen. Am Ende tragen die Steuerzahler in den Euro-Ländern die Risiken allein. Auch die Finanztransaktionssteuer ist bislang ein leeres Versprechen geblieben. So zahlen die Bürgerinnen und Bürger die Kosten und die Finanzjongleure als Verursacher der Krise werden weiterhin nicht zur Kasse gebeten.

Ein weiterer Kritikpunkt lautet, dass die EU-Regierungen ihre Kredite für Griechenland an unrealistische Bedingungen geknüpft haben. Sparprogramme für hochverschuldete Staaten reichen nicht aus, um ihre Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Deshalb plädiert die SPD für ein europäisches Wachstumsprogramm, um wirtschaftliche Impulse zu erzeugen und Investitionen anzuregen. Finanziert werden könnten die Maßnahmen mit einem Teil der Einnahmen aus einer europäischen Finanztransaktionssteuer.

Diskriminierung endlich beenden

Unverheiratete Väter müssen automatisch Sorgerecht bekommen

Die nichteheliche Lebensgemeinschaft ist Normalität geworden: In Ostdeutschland kommen mehr als die Hälfte aller Kinder unehelich zur Welt. Deshalb hat die SPD dafür gesorgt, dass unverheiratete Paare auf vielen Gebieten heute die gleichen Rechte haben wie Eheleute. Eine Ausnahme ist das Sorgerecht: Sind die Eltern nicht verheiratet, liegt das Sorgerecht nach der Geburt allein bei der Mutter. Um das gemeinsame Sorgerecht zu erhalten, müssen beide Partner eine gemeinsame Sorgereklärung abgeben – eine Möglichkeit, die aber nur 62 Prozent der Paare nutzen. Verweigert die Mutter ihre Zustimmung zur gemeinsamen Sorge, hat der ledige Vater keine Rechte, das Sorgerecht zu erwirken.

Im Sommer 2010 erklärte das Bundesverfassungsgericht diese Regelung für verfassungswidrig. Doch bis heute hat die schwarz-gelbe Bundesregierung keinen Reformentwurf vorgelegt. Aus meiner Sicht sollten die Väter das Sorgerecht künftig automatisch erhal-

ten, wenn sie mit der Mutter in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft leben. Sind die Eltern getrennt, muss dafür eine gemeinsame Sorgeerklärung abgegeben werden. Verweigert die Mutter die gemeinsame Erklärung, kann das Sorgerecht – anders als bisher – vom Vater gerichtlich beantragt werden.

Damit würde der Tatsache Rechnung getragen, dass das traditionelle Rollenbild und die familiäre Arbeitsteilung sich gewandelt haben. Die "neuen Väter" erziehen gleichberechtigt mit, übernehmen Verantwortung, verbringen viel Zeit mit ihren Kindern. Und wer die gleichen Pflichten wahrnimmt, darf auch die gleichen Rechte beanspruchen. Wir müssen die Diskriminierung lediger Väter endlich beenden. 18 von 27 Mitgliedstaaten der EU machen es vor: Nicht nur Eheleute, sondern auch Unverheiratete müssen automatisch das gemeinsame Sorgerecht für gemeinsame Kinder bekommen.

Wir vor Ort – Unsere Wahlkreisbüros

Liebe Genossinnen und Genossen.

unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Wahlkreisbüros sind eure Ansprechpartner. Bei Terminanfragen, bei Einladungen in eure Ortsvereine und Kreisvorstände, zu Diskussionsrunden oder zu Feierlichkeiten und bei vielem mehr könnt ihr euch immer an

sie wenden. Für eure politische Arbeit vor Ort erhaltet ihr von ihnen auch Informationen aus der SPD-Bundestagsfraktion. Außerdem seid ihr herzlich eingeladen, uns in Berlin zu besuchen. Über unsere Büros könnt ihr euch gern für eine Besucherfahrt anmelden.

Eure Iris, Euer Steffen und Euer Carsten

Iris Gleicke

Wahlkreis:

Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghausen

Betreuungswahlkreise:

Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut-Hainich-Kreis II, Gotha - Ilmkreis und Kreis Sonneberg

Büro Suhl (Rosemarie Recknagel):

Würzburger Str. 3, 98529 Suhl Telefon: (03681) 30 38 59

Telefax: (03681) 30 37 24

E-Mail: iris.gleicke@wk.bundestag.de

Büro Schmalkalden (Dieter Schmidtke): Weidebrunner Gasse 8, 98574 Schmalkalden

Telefon: (03683) 46 78 30 Telefax: (03683) 46 78 29

E-Mail: iris.gleicke@wk2.bundestag.de

Steffen-Claudio Lemme

Kyffhäuserkreis – Sömmerda – Weimarer Land I

Betreuungswahlkreise:

Eichsfeld – Nordhausen – Unstrut-Hainich-Kreis I. Kreis Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Orla-Kreis

Büro Sömmerda (Heike Hopfe-Arnold):

Weißenseer Str. 27, 99610 Sömmerda

Telefon: (03634) 31 71 61 Telefax: (03634) 31 71 63

E-Mail: steffen-claudio.lemme@wk.bundestag.de

Büro Sondershausen (Steffen Sauerbier):

Ferdinand-Schlufter-Str. 23-25, 99706 Sondershausen

Telefon: (03632) 54 28 99 Telefax: (03632) 54 28 39

E-Mail: steffen-claudio.lemme@wk2.bundestag.de

Büro Apolda (Jenny Füsting, Daniel Gross):

Goerdeler Straße 14, 99510 Apolda

Telefon: (03644) 51 44 35 Telefax: (03644) 51 44 37

E-Mail: steffen-claudio.lemme.wko5@wk.bundestag.de

Carsten Schneider

Wahlkreis:

Erfurt - Weimar - Weimarer Land II

Betreuungswahlkreise:

Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis und Greiz – Altenburger Land

Büro Erfurt (Brita Schweitzberger, Frank Schönemann):

Andreasstr. 25a, 99084 Erfurt Telefon: (0361) 2 66 68 15 Telefax: (0361) 5 66 07 95

E-Mail: carsten.schneider@wk.bundestag.de

Büro Weimar (Sven Steinbrück, Virginie Klemm):

Goetheplatz 9b, 99423 Weimar Telefon: (03643) 7 73 70 00 Telefax: (03643) 7 73 70 01

E-Mail: carsten.schneider@wk2.bundestag.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Iris Gleicke, Steffen-Claudio Lemme, Carsten Schneider Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Satz: Dirk Malewski: Druck: SPD-Bundestagsfraktion: Redaktionsschluss: 1. Juli 2011